

NEWSLETTER SPD SCHWEINFURT

ARTIKEL IN DIESER AUSGABE:

Schweinfurt kann
mehr - 2
Regierungsbeteiligung
ist ein Balanceakt - 3
Glosse - 5
Termine - 6



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe wollen wir uns natürlich mit der OB-Kandidatur von Ralf Hofmann beschäftigen, die bislang überaus positiv aufgenommen wurde. Dann soll es noch um die Beteiligung der SPD in der Regierungskoalition gehen und Kathi Petersen hat eine Idee, wie die Stadt zu Geld kommen kann.

Viel Vergnügen bei der Lektüre.

Ihr Redaktionsteam

Kathi Petersen, Marianne Prowald und Robert Grünewald
Newsletter@spd-schweinfurt.de

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL.

Kommunalwahl 2026

SCHWEINFURT KANN MEHR

Text & Foto von Ralf Hofmann

In den letzten Wochen wurde ich von vielen Menschen gefragt, ob ich im kommenden Jahr in Schweinfurt als Oberbürgermeister kandidieren werde. Das hat mich geehrt, mitunter berührt. So eine Entscheidung trifft man nicht leichtfertig, denn sie ändert viel im Leben. Nach reiflicher Überlegung und vielen Gesprächen habe ich mich entschieden: Ja, ich werde antreten.

In den nächsten Wochen und Monaten werden sich viele Gelegenheiten bieten, mit mir über diese Kandidatur und über die wichtigen Themen für unsere Stadt zu sprechen und für alle, die es möchten: mich näher kennenzulernen. Darauf freue ich mich.

Wer mich schon kennt, weiß, dass ich überzeugter Sozialdemokrat bin, aber andere Meinungen und Haltungen immer respektiere. Ich habe nicht umsonst in allen demokratischen Parteien (und natürlich auch außerhalb) Freundinnen und Freunde.



Zwei Themen stehen bei mir ganz oben auf der Agenda: die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und der gesellschaftliche Zusammenhalt. Natürlich werden wir noch über viele weitere Bereiche der Kommunalpolitik sprechen. Aber diese beiden Punkten bilden für mich die Grundlage, dass wir gut und sicher in Schweinfurt leben können.

Was ich garantieren kann: Ich werde nicht das Blaue vom Himmel herunterversprechen, nur um nach dem Mund zu reden.

Mir ist vor allem wichtig, dass wir in Schweinfurt wieder mit Mut und Optimismus und Freude am Gelingen die Dinge angehen, unserer eigenen Stärken bewusst sind.

Es wird ein langer Weg, das ist mir klar. Aber die Gespräche der letzten Wochen haben mich enorm beflügelt. Auch die Zustimmung aus meiner Partei und Fraktion, stellvertretend möchte ich Marietta Eder nennen, ist großartig. Dafür schon jetzt meinen herzlichen Dank.

Jetzt aber genug der Vorrede: Ich hoffe auf Eure Unterstützung. Gemeinsam können wir viel für unser Schweinfurt erreichen.

Auf geht's.

Euer
Ralf

www.ralf-hofmann.de

REGIERUNGSBETEILIGUNG IST EIN BALANCEAKT

Text: Robert Grünewald, Foto: pixabay

Friedrich Merz ist nun der neue Bundeskanzler und es scheint wenig Menschen zu geben, die diesen Umstand aus vollem Herzen begrüßen. Das ist sicherlich auch verständlich, insbesondere dann, wenn man sich nicht unbedingt dem konservativen Lager verbunden fühlt.

"Links ist vorbei. Es gibt keine linke Mehrheit und keine linke Politik mehr in Deutschland." Und weiter: *"Wir werden wieder Politik für die Mehrheit der Bevölkerung machen, die gerade denke und alle Tassen im Schrank habe – und nicht für irgendwelche grünen und linken Spinner auf dieser Welt."* Das sagte unser neuer Bundeskanzler beim Wahlkampfabschlusses der Union in München am 22. Februar 2025.

Nun ja, seitdem ist ja auch wieder viel passiert. Merz brauchte im weiteren Verlauf der Ereignisse diese "grünen und linken Spinner", um das Sondervermögen und die Grundgesetzänderung durchzubekommen. Zudem musste er die so Geschmähten dann noch bitten, ihm einen zweiten Wahlgang zum Amt des Kanzlers zu ermöglichen. Das ist natürlich unschön und wäre eine gute Lektion in Sachen Demut.

Merz hat viel gesagt und getan, um letztlich Bundeskanzler zu werden. Das ist ihm auch nicht vorzuwerfen, da der Wille zur Macht eine Grundvoraussetzung ist, um in Spitzenpositionen aufzusteigen. Allerdings ist die Glaubwürdigkeit eines Politikers ein Stück weit auch sein Kapital. Er muss Menschen in seiner eigenen Partei und in der Wählerschaft von sich und seinen Zielen überzeugen.

Als Oppositionspolitiker verweigerte er die Reform der sog. Schuldenbremse und warf der damaligen Regierung vor, dass sie nicht mit Geld umgehen könne. Im Wahlkampf versprach er, dass es mit ihm keine neuen Schulden geben würde. Nach der Wahl handelte er bekanntlich anders, wofür er auch aus den eigenen Reihen massiv kritisiert wurde. In der ZDF-Dokumentation "Inside CDU" sagte Merz dazu: *"Ich persönlich bezahle das mit einem erheblichen Verlust auch an Glaubwürdigkeit."*

Viele Menschen tun sich daher schwer, dem Bundeskanzler Friedrich Merz und damit auch der neuen Regierung viel Vertrauen entgegenzubringen. Das ist verständlich.

Dann ist da ja auch noch der Koalitionsvertrag, der Punkte enthält, die für das sozialdemokratische Gewissen mehr als herausfordernd sind.

Im Bereich der Sozialpolitik soll das Bürgergeld hin zu einer Grundsicherung "entwickelt" werden. Regelungen zum Schonvermögen sollen ebenfalls reformiert werden. Beides sind Punkte, die "Blutdruck-Themen" für das sozialdemokratische Gemüt sind.

Die Senkung der Einkommensteuer für geringe und mittlere Einkommen und die Anhebung des Mindestlohns sind ebenfalls Kernanliegen der SPD, welche im Koalitionsvertrag sehr eigen formuliert, insgesamt unter Finanzierungsvorbehalt stehen und inzwischen unionsseitig auch schon als eigentlich verabredetes Vorhaben zur Disposition gestellt werden.

REGIERUNGSBETEILIGUNG IST EIN BALANCEAKT

Text: Robert Grünewald, Foto: pixabay

Bei der Migrationspolitik ist es ebenfalls nicht einfach. Die Union versprach im Wahlkampf eine Zurückweisung an der Grenze ab Tag eins der Regierung. Die SPD wies stets daraufhin, dass dies EU-rechtlich nicht umsetzbar sei.

Im Koalitionsvertrag wurde daher vereinbart, dass eine Zurückweisung nur in Abstimmung mit den Nachbarländern erfolgen solle. Der neue Innenminister Dobrindt (CSU) hat nun der Bundespolizei eine Anweisung bezüglich der Zurückweisung von Menschen an der Grenze gegeben, deren Formulierungen schon darauf hindeuten, dass die ganze Sache eben nicht so einfach ist, wie die Union es im Wahlkampf versprochen hat.

Ähnlich wie bei der Maut, bei der auch Experten gesagt haben, dass das so nicht funktionieren wird, wie sich die Union das denkt, werden es wohl Gerichte sein, die das Luftschloss zerstören. Allerdings ging es bei der Maut nur um Geld, hier geht es um Menschen; das sollten Menschen in der Politik nicht vergessen.



Betrachtet man das bisher gezeichnete Bild, so kann man sich zurecht fragen, ob es gut ist, dass die SPD ein Teil dieser Regierung ist.

Die einfache Antwort könnte sein: Für die Partei ist es womöglich nicht gut, für ihre Anliegen und das Land hingegen schon.

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl hat kaum eine andere sinnvolle Konstellation ermöglicht. Natürlich wäre eine Minderheitsregierung denkbar gewesen, aber ob ein solches Experiment in der aktuellen Zeit so sinnvoll gewesen wäre, scheint zumindest fraglich.

Deutschland braucht eine stabile Regierung und wer, wenn nicht diese Parteien (CDU/CSU und SPD), die in der Geschichte der Bundesrepublik schon so viel für das Land erreicht haben, könnte eine stabile Regierung bilden?

Die SPD muss in dieser Regierung darauf achten, dass die Interessen der "kleinen Leute" gewahrt werden. Sie muss sich für diejenigen einsetzen, die keine Lobby haben und sie muss die Stimme der linken und, ja, auch der grünen "Spinner" in dieser Regierung sein, denn auch deren Anliegen müssen gehört werden und sind für die Zukunft des Landes mehr als wichtig.

„Es gibt im Leben nur zwei 'Sünden': Die eine ist, zu wünschen ohne zu handeln; die andere ist, zu handeln ohne Ziel.“

(Ayn Rand, 1905-1982, russisch-US-amerikanische Bestsellerautorin)

DIE LÖSUNG DER STÄDTISCHEN GELDPROBLEME

Text von Kathi Petersen, Bild von Getty Images

Dass die Stadt Schweinfurt derzeit finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Über eine Gelddruckmaschine verfügt die Kommune ebenso wenig wie über einen Goldesel. Daher gilt es, mutig neue Wege zu beschreiten, um die städtische Haushaltskasse zu füllen.

Es gilt, Ministerpräsident Söders Augenmerk auf Schweinfurt zu richten. Nicht durch einen Appell an seine unbestreitbaren Fähigkeiten als Influencer, dass er außer Nürnberger Bratwurst auch die Original Schweinfurter Schlachtschüssel bewerben solle. Auch wenn diese als immaterielles UNESCO-Kulturerbe durchaus gesteigerte Aufmerksamkeit verdiente, scheinen dahingehende Bemühungen wenig aussichtsreich. Viel gangbarer, ja gleichsam der Königsweg wäre ein anderer.

Etliche der vom Bund zur Verfügung gestellten Milliarden für die Infrastruktur will Söder in die Entwicklung von Flugtaxis investieren (unten: Bild des Prototyps SW1).

Wo könnten diese besser entwickelt, gebaut und erprobt werden, als in Schweinfurt?

An technisch versierten Arbeitskräften herrscht hier wahrlich kein Mangel. Genügend Platz zum Starten und Landen bieten die Wehranlagen und die Freifläche an der Stadtmauer.

Durch die dafür vom Freistaat zu erbringenden Entwicklungs- und Mietkosten kann der städtische Haushalt locker saniert werden. Das Ganze hat noch einen weiteren positiven Effekt: beim Neubau der Maxbrücke ist die Verbindung zwischen Innenstadt und Hafen durch die Flugtaxis gesichert.



TERMINE

- 04.06.2025: Mitgliederversammlung OV Oberndorf, 19:00 Uhr im Feuerwehrhaus
- Weitere interessante Veranstaltungen bieten an:
 - Campus der BayernSPD auf www.bayernspd.de/campus/seminarprogramm/
 - Akademie Frankenwarte auf: www.frankenwarte.de/veranstaltungen/index.html

Impressum:
SPD-Kreisverband Schweinfurt-Stadt
vertreten durch die Vorsitzende Marietta Eder
SPD-Büro Schweinfurt
Neutorstr. 16
97421 Schweinfurt
Tel. 0931 51812
E-Mail: Newsletter@spd-schweinfurt.de